

Zum Schluß noch einige Worte.

Mit der geschaffenen Tariforganisation auf Grundlage der Tarifgemeinschaft verhält es sich wie mit dem groben Unzufugparagraphen. „Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unzufug an.“ Genau so ergeht es zum Teil unseren Kollegen bezüglich der Tarifgemeinschaft usw. Welche wirtschaftliche Faktoren, welche veränderte technische und allgemeine Verhältnisse auch mitgewirkt haben mögen, alle aus ihnen resultierenden Beeinträchtigungen der Gehilfenschaft werden auf das Konto des Sündenknüttels „Tarifgemeinschaft“ gesetzt. Heute ist sie die Erbsünde, mit der die Gehilfenvertreter behaftet sind, sie wird durch diese weiter verbreitet auf die kommenden Geschlechter, selbst der neue Messias der Buchdrucker vermochte sie nicht zu bannen.

Wir werden daher gut thun, diesen Popanz endlich einmal abzutun und dafür die neu geschaffenen Verhältnisse auf dem Tarifgebiete sowie den tariflichen Rechtsboden zu unsern Gunsten auszunutzen, und allüberall planmäßig und zielbewußt die Einführung des Tariffs zu betreiben. Daß sich hierbei in einzelnen Fällen Differenzen mit der Prinzipalität ergeben, ist begreiflich und wenn diese den „vertrauensduffeligen“ Gehilfenvertretern aufs Konto gesetzt werden, so mag das geschehen; diese Vorwürfe sind aber auch ein Beweis für die Denkschwäche jener Kreise, die annehmen, durch ein Reglement könnten die bestehenden wirtschaftlichen Gegensätze beseitigt werden. Ob die Gehilfenschaft aber ihre Vertreter seiner Zeit mit der Wahrnehmung der Verschärfung derselben betraut wissen wollte, bezweifeln die Gehilfenvertreter, und mit Recht, und nur um diese höheren Gesichtspunkte handelt es sich bei dem Vermögen, die Lage der Gesamtkollegenschaft erträglicher zu gestalten. Nicht die „Harmoniebusel“ war die Ursache unserer Zustimmung zu dem Geschaffenen, sondern die reifliche Erwägung, daß es wohl für die Allgemeinheit vorteilhafter sei, mit den Prinzipalen gemeinsam einen Versuch zur Einführung des Tariffs zu machen. Wir haben die Hand zum Frieden, soweit es möglich ist, geboten, und schließen mit dem Wunsche, den Herr Gajch seiner Zeit im Corr. äußerte, daß die Arbeitgeberchaft die Augen öffnen und in ehrliche gemeinsame Kulturarbeit mit den Arbeitnehmern treten möge. Der Kampf kommt immer früh genug, versuchen wir daher ehrliche Partner zu sein. Kommen wir so nicht vorwärts, nur das alte Verhältnis wie zwischen Hund und Katz ist leider nur allzu leicht wieder hergestellt.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Feter des fünfzigjährigen Berufsjubiläums beginnt am 1. Oktober der 66jährige Schriftsteller Herr Georg Schöber, welcher in der hiesigen krollischen Offizin tätig ist. Schöber hatte i. J. die erste Expedition nach Ostasien bei der preussischen Marine auf dem Schiffe Thetis mitgemacht und kam dann nach Berlin, wo er erst bei der Postischen Zeitung, später 20 Jahre lang im Intelligenzblatt tätig war. Anfang dieses Jahres, als das J.-Bl. in den Besitz der Deutschen Warte überging, wurde das gesamte Segepersonal des J.-Bl. gekündigt, darunter Leute, welche 40 Jahre bei der Firma tätig waren, und auch Sch. mußte auf seine alten Tage noch einmal Kondition suchen, welche er glücklicherweise bald bei Kroll fand. Die Firma wie die Kollegen bereiteten dem Jubilar zu seinem Ehrentage wahrhaft rührende Ovationen, während von der Firma, bei welcher er über 20 Jahre tätig war, sich niemand rührte. Am 27. v. M. hatten sich die alten J.-Bl.-Kollegen mit den Krollischen Kollegen bei Krebs, Dymstraße, vereint, um ihren alten Freund zu feiern. Die Feter nahm einen würdigen Verlauf. Dem Jubilar wurde ein Posterspruch und eine prachtvoll ausgestattete Adresse überreicht. Gesang und Vorträge verschönten das Fest, welches sich von morgens 10 Uhr bis spät in die Nacht hinzog.

r. Heidenheim, 29. September. „Schröder, Stuttgart. Seit Dienstag Tarif eingeführt, erwarte daher Einstellung. Umtriebe ungerechtigt. Rees.“ So lautete ein von Herrn Buchdruckerbesitzer Rees an den Adressaten gelangtes Telegramm unterm 26. September und man konnte durch den Wortlaut zu der Vermutung kommen, daß es sich nur noch um die Bodbeinigkeit der Ausstehenden handelt, welche sich partout nicht einstellen lassen wollen. Aber eine persönliche Aussprache zwischen dem Gewerkschafter und Herrn Rees belehrte uns eines andern: aus den Streikenden sind Ausgesperrte geworden,

Herr Rees will keinen der Ausständigen wieder einstellen, da er bereits genügend Ersatz habe und die Streikenden ihm gar zu übel mitgespielt hätten! Herr Rees erklärte weiter, daß er den Tarif seit Dienstag eingeführt und seine Unterschrift schon längst nach Berlin eingeschickt habe. Nun steht aber in großem Widerspruch zu diesen Behauptungen ein amtliches Dokument: Herr Rees hat das ausstehende Personal wegen Kontraktbruches verklagt und in der Begründung steht wörtlich folgendes zu lesen: „Dieser (dann nicht eingetragenen) Kündigung ging von den Belasteten das Verlangen voraus, daß ich in meinem Geschäft eine neun-einhalbstündige Arbeitszeit einführen und ihnen den Lohn nach dem Maßstab einer Großstadt erhöhen soll. Da ich hierauf nicht eingehen will usw.“ Nun verlangen die Gehilfen die Einführung des neuen Tariffs ohne Vorkaufschlag, von Großstadtpreisen dennach keine Rede — Herr Rees gibt keine Antwort — die Gehilfen streiken — Herr Rees schickt nach einigen seiner Arbeiter, der Tarif sei bewilligt und die Arbeit fortzusetzen — beim Ankommen derselben wird das Arbeitslokal ostentativ zugesperrt — während dieser Zeit hat Herr Rees bereits die Klage eingereicht — Herr Rees telegraphiert in alle Welt, der Tarif sei bewilligt — und zu gleicher Zeit erklärt er an Amtsstelle, daß er darauf einzugehen nicht gewillt sei, trotzdem er schon längst seine unterschriebene Anerkennung nach Berlin geschickt hat. Soblei Sätze, soviel Widersprüche! Und hierzu kommt die Aeußerung, sein Personal sei komplett. Warum denn das bis in die neueste Zeit fortgesetzte Telegraphieren nach Arbeitskräften, deren Originale in richtiger Würdigung der Sachlage von den Betreffenden dem Gaurvorstande zugestellt wurden? Wohl sind einige Klausuristen den Streikenden in den Rücken gefallen, aber Herr Rees wird mit der Leistungsfähigkeit pensionierter Briefträger und langjähriger Fabrikarbeiter keine Vorbeeren ernten, ebenso wenig wie er das eingesprungene bisherige Verhandlungsmittel mit selbständiger, Kenntnis der Orthographie verlangender Arbeit „bedrauen“ kann. — Die Ausgesperrten sind zum Teil abgereist oder werden dies noch thun, Herr Rees wird aber Mühe haben, ein seinem alten gleiches Personal zu finden. Uebrigens ist die Behandlung der Gehilfen seitens des Herrn Rees eine solche, daß es auch der ärgste Streikbrecher auf die Dauer nicht ausfällt und schon aus diesem Grunde hoffen wir, daß Herr Rees zur tatsächlichen Einführung des Tariffs baldigt sich bewegen fühlen wird und einem ausständigen Personal gegenüber Anstand bewahren lernt.

Veitgiz. Ein fürchterliches Gericht ist in einer hiesigen Parteiverammlung über den Gesoffen Eichler abgehalten worden, weil derselbe — man höre und staune — sich erdreiste, so viel Disziplin zu besitzen, um sich den Beschläffen der Halleischen Generalversammlung unterzuordnen. Mit 31 gegen 19 Stimmen von hundert und einigen Anwesenden wurde der Sünder zwar nicht gleich mit dem ewigen Gefesener, wohl aber mit einem Mißtrauensvotum wegen „undemokratischen Handelns in seiner Gewerkschaft“ beehaft. Eine gleichzeitig eingebrachte Müge für die unqualifizierbare Schreibe der Volkszeitung in der Buchdruckerangelegenheit — die jedenfalls dem Delinquenten keine Strafe nicht so hart erweisen lassen sollte — wurde selbstverständlich als unbegründet zurückgewiesen; wie konnte man auch der Volkszeitung gegenüber, die sich stets bei Beschimpfung der Buchdrucker so hervorgethan, so unbanbar sein. Der „hohe Gerichtshof“ war aber auch würdig zusammengesetzt, eines seiner hervorragenden Mitglieder ist z. B. trotz moralischer noch sonstiger Mittel nicht zum Anschluß an seine Gewerkschaft zu bewegen, ein andres hat man zwar „endlich“ seiner Zentralorganisation zugeführt, dort wird aber von demselben kräftig für Vorkauforganisationen pläbiert, und diese „berufenen“ Vertreter der Dehse: Proletarier aller Länder vereinigt euch! haben denn auch dem verfluchten Verbrecher die Pflichten und Rechte innerhalb seiner Gewerkschaft ordentlich pfausibel gemacht. In Sad und Asche wird sich der Parteigenosse Eichler — nimmehr nur noch zweiter Güte — hüllen, um vor solch heßstrahlenden Herren Buße zu thun. — Es ist wirklich schwer — kann man ob solcher Vorkommnisse ausrufen — keine Satyre zu schreiben. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins, mit der Untersuchung der gegen Eichler vorgebrachten Anklagen betraut, hat sich vielleicht mit allen möglichen Personen, aber nur nicht mit der daran interessierten — mit dem Angeklagten — beschäftigt, die Motivierung des Vorstandsantrages gab zu, daß „nichts“ gefunden sei, was Eichler als Parteigenossen unwürdig erscheinen ließ — trotzdem aber ein Mißtrauen. Auch ein Herr Kothe, seines Zeichens ein Buchdrucker, schleppte sein Reisklein in Form einer sauber zu Papier gebrachten privaten und harmlosen Aeußerung Eichlers zum Scherzhaufen herbei; an den unschuldigen Worten: „Ich will nun einmal sehen, ob ich in dieser Verammlung gelassen oder gebraut werden soll“ — versuchte dieser Herr die Strafbarkeit des Angeklagten darzutun. An Chronologen schenken unsre Tage nicht arm zu sein, und unscheinbar gehaltenen Gespräche können uns nach Jahr und Tag vielleicht als geschichtliche Ereignisse oder; wie Figura zeigt, als Verbrechen entgegenreten; wer darum etwas der Nachwelt sicher überliefern will, möge sich nur in der Nähe solcher der Kombinationschule eines bekannten Herrn entpörsenen Personen aufhalten. — Die Disziplin in den Gewerkschaften scheint verschiedenen Herren ganz und gar nicht in den Streifen zu passen, sonst würden sie nicht die Berächter von

Generalversammlungsbeschläffen in allen Variationen glorifizieren. — Neuerdings haben aber auch andere Gewerkschaften unter der Unbilligkeit verschiedener Parteiboktrindäre zu leiden, wie eine aufgezwungene Abwehr der Zimmerer gegen die Angriffe eines Mecklenburgischen Parteitages erkennen läßt. Danach sollen die Gewerkschaften an der zu geringen Verbreitung des Sozialismus in Mecklenburg schuld sein, weiter seien die Gewerkschaften konservativ, weil sie Forderungen an die heutige Nachthaber stellen, die diese bewilligen können ohne grundsätzliche Aenderung der heutigen Produktionsweise. Ja schon die Regelung der internen Berufsinteressen in einer Branche und nicht in einer Volksversammlung gab Anlaß zu Angriffen, weshalb der Zimmerer zu der sehr treffenden Aeußerung kommt: „Ob die Taktik unsrer Organisation richtig oder falsch ist, darüber hat doch kein Parteitag zu entscheiden, sondern der Verbandstag der organisierten Zimmerer und in letzter Linie die Generalversammlung.“

† Veitgiz. Eine am 2. Oktober abgehaltene, von 400 bis 500 Personen besuchte allgemeine Buchdrucker-versammlung nahm den Bericht des Gehilfenvertreters über die Berliner Tarifverhandlungen des Tarifausschusses entgegen und erklärte sich mit dem Resultate derselben einverstanden in der Erwartung, daß die neu zu errichtenden Arbeitsnachweise und Schiedsgerichte durch strenge Kontrolle der Gehilfenschaft eine gerechte und nutzbringende Thätigkeit entfalten werden. Schließlich wurden die Kollegen May, G. Lindenberg (Drucker), Engelbrecht, Keuhof, Lope, Schäfer, Zimmermann und Spöbelhorn als Kandidaten zur Wahl von Schiedsgerichtsmittgliedern aufgestellt. — Die jetzt unter einem „Vertrauens“mann organisierte Opposition hat in dieser Versammlung ihr Programm wieder zielbewußt abgeschraubt durch randaleren, überhaupt durch ein Vertragen, welches dem Ballonmützenjargon alle Ehre macht. Nur waren diesmal wieder die Trauben etwas sauer, denn nachdem erst die Büreauwahl, die Referate und dann die Entschlebung der Versammlung ihren Wünschen nicht entsprachen, scharte der großmüthige Führer sein Häuflein zusammen und verließ damit zu Freude aller ruhig denkenden Kollegen demonstrativ den Saal. Die Schar um Gajch und Genossen wird zusehends schwächer, immer mehr Kollegen scheinen den Glauben an die Beglüdungen dieser modernen Propheten zu verlieren und bald wird diese Art Opposition der Vergangenheit angehören, denn schon jetzt bemühen sich die radikalsten Opponenten bis zum Ueberdruß, gerade ihren geistigen Leiter von ihren Hochschöben abzuschütteln. Ja, ja, „was glänzt, ist für den Augenblick geboren“, das muß dieser Volksbeglüder nur allzulehr an sich selbst erleben.

Osnabrück. Eine am 27. September abgehaltene letzter nur schwach besuchte Versammlung erklärte sich mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes einverstanden, bebauert die entstandene Spaltung innerhalb der Organisation und erhofft eine baldige Entigung der Parteien.

Colingen. Wie die Leser des Corr. aus einer Notiz in Nr. 112 dieses Blattes erfahren haben, ist in der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckeret zwischen der Leitung derselben und dem Segepersonal ein Konflikt ausgebrochen. Wenn es bisher verstimmt worden ist, die Kollegen über die näheren Einzelheiten, welche zu dem Ausstande des Personals geführt haben, zu unterrichten, so geschah dies einzig und allein aus Rücksicht auf die sozialdemokratische Partei. (In der Genossenschaftsbuchdruckeret wird die sozialdemokratische Bergische Arbeiterstimme gedruckt.) Da jedoch der Vorwärts und ein großer Teil bürgerlicher Blätter diese Differenzen auf ihre Art auszunutzen suchen und da an eine gütliche Entigung der Beteiligten nicht mehr zu denken ist, so sehen wir uns veranlaßt, die Sache der Oessentlichkeit zu unterbreiten. Der Vorkauf, welcher zu genanntem Streit führte, ist folgender: Am Montage, dem 21. September, hatten die Segeer während des Vormittags, wie das in diesem Geschäft stets der Fall war, einige Liter Bier getrunken, jedoch war dies nicht in dem Maße geschehen, daß man von einer Betrunketheit der Segeer sprechen konnte; nur ein Kollege, welcher sonst ein fleißiger und nuchternen Arbeiter ist, hatte tatsächlich des Guten etwas zu viel gethan und die Folgen äußerten sich in einer für den Fußboden nachteiligen Weise. Das Personal hatte sich vor diesem Vorgang entfernt. Der betr. Kollege wurde von dem Redakteur und dem Geschäftsführer aus dem Geschäft gewiesen. Als das Personal um 2 Uhr wieder in die Druckerei kam, wurde der Redakteur, welcher bereits im fünften Jahr in genannter Offizin konditioniert und auch die Stelle eines Faktors dort versieht, von dem Geschäftsführer in einer aller Bildung höhnisch sprechenden Weise angefahren. Betroffener Kollege erwiderte, daß er daran keine Schuld trüge, da er doch während der Mittagszeit nicht im Geschäft gewesen sei. Da trat der Redakteur dazwischen und rief: „Ihr seid ja alle besoffen, macht, daß Ihr raus kommt!“ Dem Personale blieb nun weiter nichts übrig, wollte es sich nicht eines Hausfriedensbruches schuldig machen, als das Geschäft zu verlassen, ohne zu vergessen, vorher den Herren ihre Meinung über diese rigorose Handlungsweise kund zu thun. Bemerkten wollen wir hier, daß das Personal bereits am Vormittag unter sich vereinbart hatte, für den betrunknen Kollegen event. abends Gratiaüberfunden zu machen, damit das Blatt zur rechten Zeit fertig würde und das Geschäft keinen Schaden erleide. Daß es der Geschäftsleitung nur darum zu thun war, ihr altes Personal los zu werden, erhellt daraus, daß der Geschäfts-

föhre sofort nach obigem Vorfalle nach Elberfeld fuhr und vom Bezirksvorstand Ausschickpersonal verlangte, welcher Wunsch selbstverständlich unerfüllt blieb. An demselben Tage fand auch eine Vorstandssitzung der Genossenschaft statt, in welcher beschlossen wurde, sich an einer ebenf. Buchdruckerversammlung nicht zu beteiligen. Am folgenden Dienstagabend fand eine vom Vorstande des Ortsvereins einberufene Buchdruckerversammlung statt, zu welcher auch zwei Mitglieder des Bezirksvorstandes erschienen waren. Der Vorstand resp. Ausschickrat und ebenso die Geschäftsleitung waren trotz vorheriger Einladung nicht vertreten. Eine persönliche Intervention des Bezirkskassierers beim Geschäftsführer war erfolglos. Der Redakteur der Arbeiterzeitung war am Dienstag nach Köln gefahren, um dort Ertrag zu holen, was ihm auch gelang, denn am Mittwoch wurden die Pässe der Ausständigen durch Nichtmitglieder besetzt. An demselben Abende fand wieder eine Vorstand- und Ausschickratsitzung in der Genossenschaftsdruckererei statt, in welcher das ausständige Personal und der Bezirksvorstand vertreten waren; diese Sitzung verlief vollständig resultatlos. Der Bezirksvorstand sah sich nun veranlaßt, für vergangene Sonntag eine außerordentliche Bezirksversammlung einzuberufen; der Gauvorstand war in dieser Versammlung durch den Kollegen Müller vertreten; auch der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells wie einige andere Parteigenossen waren anwesend; vom Vorstande der Genossenschaft und von der Leitung derselben waren der Redakteur und ein Vorstandsmittglied erschienen. Die Debatte war eine ziemlich erregte; u. a. erklärte der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, ein Metallarbeiter, daß ihm, obwohl er bereits bei den größten Ausbeutern gearbeitet habe, eine solche Behandlung noch nirgends vorgekommen sei. Von seiten der ausständigen Sezer wurde erklärt, daß eine Spannung zwischen der Geschäftsleitung und dem Personale schon lange bestanden habe. Diese sei hervorgerufen durch das Verhalten des Redakteurs. Die Bezirksversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher die Haltung der Geschäftsleitung verurteilt und dieselbe aufgefordert wird, die Nichtmitglieder zu entlassen und innerhalb vierzehn Tagen ihr altes Personal wieder einzustellen. Eine am 28. September stattgefundene Sitzung des Ausschickrates und des Vorstandes der Genossenschaftsdruckererei beschloß, innerhalb vierzehn Tagen das jetzige Personal durch Mitglieder zu ersetzen, jedoch wollen sie das alte Personal ausnahmslos nicht wieder einstellen. — Das ist in kurzen Zügen der Situationsbericht vom hiesigen Streit. Bevor wir jedoch schließen, fühlen wir uns veranlaßt, auf die Ausführungen des Vorwärts etwas näher einzugehen. Wenn genanntes Blatt schreibt, wir hätten nicht nötig gehabt, zu freieren, so erklären wir, daß eine freilich Erledigung der Sache unmöglich war, weil Ausschickrat und Vorstand darin einig, das alte Personal nicht wieder einzustellen; dann aber sind die Parteiverhältnisse in Solingen so korrupt wie wohl in keinem andern Orte Deutschlands. Die einzige Stelle, wo wir uns hätten beschweren können, war der Ausschickrat resp. Vorstand der Genossenschaftsdruckererei. Von welcher Naivität einzelne dieser Herren befangen sind, erkennt man daraus, daß ein Mitglied des letztern äußerte, er könne es gar nicht begreifen, daß ein Drucker das Recht habe, eine sozialdemokratische Druckererei zu sperren. Dann aber noch eins: Jeder Unternehmer, jeder Bourgeois versucht wenigstens, sich mit seinen Arbeitern zu einigen, wenn von seiten der letzteren die Hand zum Frieden geboten wird; die Leitung der Genossenschaftsdruckererei dagegen sagt einfach: „Wir gehen nicht in die Versammlung, wir verhandeln nicht mit den Arbeitern“, trotzdem unter den in Betracht kommenden Sezer Leute, welche stets für die Interessen der Partei mit Wort und Tat eingetreten sind. Der Vorwurf des Vorwärts trifft also nicht die Sezer, sondern die Geschäftsleitung der Genossenschaftsdruckererei.

Zum Namen des ausständigen Personals der Genossenschaftsdruckererei: Otto Hoffmann.

Frankfurt a. M. In Nr. 110 des Corr. befindet sich eine Notiz aus Frankfurt, welche zur Wahl des Gauvorsichters Stellung nimmt. Soweit die Notiz sich mit meiner Person als Kandidat beschäftigt, bin ich nicht in der Lage, die passende Antwort dem §. Korrespondenten zukommen zu lassen, denn ein Gefühl des Eifers hält mich davon ab. Was jedoch den andern Inhalt der Notiz betrifft, so es heißt: Kollegen! Laßt euch nicht durch Wahlmachinationen betriren usw., so glaube ich doch die Pflicht zu haben, den Kollegen hier einiges zur Charakteristik mitzutheilen. Von seiten der Opposition wurde zur Gauvorsichterswahl ein Flugblatt herausgegeben, welches in kurzen Zügen die letzten Vorkommnisse innerhalb unseers Verbandes klarlegte, und meine Person als Kandidat den Kollegen empfahl, zugleich jedoch bemerkte, wer den statutenwidrigen Ausschick unseer Kollegen in Berlin, Leipzig usw. billigte, der möge den seitherigen Gauvorsichter wieder wählen. Von seiten der Anhänger der „ruhigen Fortentwicklung“ wurde dagegen folgender Wahltrif gebraucht. Die Vorstände in der Provinz bekamen eine Karte unseer folgenden Inhalts: „Die dortige (Frankfurter) Opposition bereite für einen der nächsten Tage ein Wahlmanöver vor und zwar in der Weise, daß ausgeprengt werden solle. Karl Dominé sei von der Kandidatur als Gauvorsichter zurückzutreten, woran er nicht im entferntesten denke und sei

zeit „Bruder Ernst“ alleiniger Kandidat. Der Vorstand solle deshalb in einer Versammlung hierzu Stellung nehmen und dieses Gebahren der Opposition fejnzeichnen.“ Die Kollegen werden jetzt wohl selber sich ein Bild über den §. Korrespondenten in Nr. 110 des Corr. machen und beurteilen können, auf welcher Seite die Wahlmachinationen beiebt sind. Ernst Dominé.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verbands.

Protestveranstaltungen. Wenn man von irrigen Voraussetzungen ausgeht, muß man logischerweise auch zu irrigen Schlußfolgerungen kommen. Mit diesen Worten konnte man das Wesen und die Beschlüsse derjenigen Versammlungen bezeichnen, welche in der Angelegenheit des Ausschickes der Komiteemitglieder der Buchdruckerwacht glauben dem Zentralvorstand ein Mißtrauensvotum ausbrüden zu müssen. Leider sind es aber nicht immer aus sittlicher Entrüstung veranlaßte Proteste, welche in die Welt hinausgeschickt werden, sondern sie bilden in der Regel nur den Deckmantel, um dem „konservativen“ Verbandsvorsitzenden eins auszuwaschen. Ihr persönlicher Charakter tritt meist so unverhüllt zu Tage, daß an den einzelnen Diten die anfänglichen Elemente es vorziehen, lieber den Versammlungen fern zu bleiben, als sich jede Freude am Verband und am Vereinskleben recht gründlich verereln zu lassen. Nie ist das Kapital und das Unternehmertum mit tödtlichem Haß angegriffen worden, als wie es der Zentralvorstand über sich ergehen lassen muß. Die Schiffe der sachlichen und anfänglichen Kampfmittel sind hinter dem Herrn und Meister der Opposition verbrannt und das ultimo ratio ist ein Appell an die niedrigsten Lebensinstanzen, an die Ständelucht, ist die Fruktifizierung des Ballonmügentones in seiner widrigsten Gestalt. Bergend bis in das Familienleben hinein wirkt diese Kampfesweise, die nicht geführt wird, um das bedrohte Prinzip zu retten, sondern nur, um einem geradezu wahnsinnigen Haße zu fröhnen. Erreulich ist, daß diese Kampfesweise ihren Höhepunkt erreicht hat — und — von der höchsten Spitze führen alle Wege abwärts“, — erfreulich ferner, daß allenthalben die Kollegenschaft sich zu Protesten gegen die Proteste aufrafft. Sowohl an den Zentralvorstand wie an die Redaktion gelangen Briefe und Kollektivresolutionen von Mitgliedern aus oppositionellen Orten, welche ihr Fernbleiben aus den Versammlungen motivieren und nach wie vor ihrem Vertrauen zu der Leitung des Verbandes Ausdruck geben.

Nach kurzer Schonzeit geht die fröhliche Haß heftig juchend in einzelnen Parteiblättern mit gewohnter Objektivität wieder gegen die simplen Buchdrucker los. Die Ursache hierzu wird in den jüngst mehrfach erfolgten Gauvorsichterswahlen und in den letzten Tarifverhandlungen erblickt. In der unbegründeten Befürchtung, es könnte von einem andern Blatt ein noch größerer Unfuss in die Welt gesetzt werden, beansprucht hierfür die Schwäb. Tagwacht die Priorität. Sie „konstatirt“ mit Befriedigung, daß im Gau Bayern der wegen Differenzen mit Döblin juridisgetretene oppositionelle Gauvorsichter Setz wiedergewählt worden sei. Wer die Arrangements dieses verführten Faszinationsherzes sind, wissen wir nicht, aber soviel sei der Schwäb. Tagwacht mitgeteilt, daß unsere Gauvorsichter nicht wie die schwäbischen Dorfschulzen auf Lebenszeit gewählt werden, sondern nach Ablauf ihrer Amtsdauer sich einer Neuwahl zu unterziehen haben. Dieser Fall ist bei Setz eingetreten. Nicht seiner Opposition halber ist Herr Setz wiedergewählt worden, denn in ganz München, welches den Gauvorsichter wählt, wurden von 850 Mitgliedern rund 57 Stimmen abgegeben, welche die Amtsüberlegung Döblins forderten. — Nun aber kommt's gruseltiger. Man höre: „Inzwischen sitzen ohne Wissen der Mitglieder, ohne jede vorherige Wespprechung im Corr. und ohne jeden Auftrag tendend einer Mitgliedschaft die Prinzipals- und Gehilfenvertreter in Berlin beisammen“ usw. Diese insamen Kerle! So mir nichts, dir nichts, ohne einen Pfennig Geld, lediglich ausgerüstet mit glaubenskräftiger Dammontebuselet, nach Berlin zu fahren, sich frech wie Oskar mit den kapitalistischen Bourgeois an einen Tisch zu setzen und „lustig darauf los zu beschließen“, das ist wirklich stark. Tagwacht, Tagwacht, du trägst deinen Namen mit Recht: Du hast es an den Tag gebracht! — Vielleicht ist die Redaktion derselben so freundlich und verschafft sich irgendwo ein Protokoll unseer letzten Generalversammlung vom Juli d. J., vielleicht dämmert ihr dann eine Ahnung, daß es logisch richtig ist, wenn bei ihr zu Hause die Schwadenfreude nicht aussterben. Bezüglich der Dankbarkeit einer Aufgabe, wie sie den Gehilfenvertretern gestellt war, erkundigt sich die Tagwacht gelegentlich wohl am besten bei dem Reichstagsabgeordneten Bod, denn wenn bei Lohnbewegungen der Arbeiter statt mit Phrasen mit realen Momenten aufgemartet wird, fallen stets die Vertreter der Arbeiter wegen mangelnden „Zielbewußtseins“ hinten runter.

Die Berechnung der Stundenentlohnung nach dem neuen Tarife hat schon verschiedene Differenzen veranlaßt, trotzdem der Tarif-Ausschick in seiner Sitzung vom 15. bis 17. April d. J. zu Protokoll gab, daß der Divisor bei Feststellung eines Stundenlohnes nicht mehr 10 sondern 9 sei. Dieser Auffassung zuwider wurde in einigen Geschäften der Versuch gemacht, mit 9½ oder gar 10 zu teilen, wogegen jetzt auch die Zeitschrift Stellung nimmt und sich dem von uns schon immer vertretenen Standpunkte der „neunfünftigen“ Arbeits-

zeit anschließt. Um weiteren Ferkümmern vorzubeugen, wollen wir hier ein Beispiel anfügen. Ein Gehilfe mit 27 Mk. Gehalt hätte für eine Stunde 54 : 27,00 = 50 Pf. zu verlangen, welcher Satz sich bei Ueberstunden (in Leipzig mit 17½ Proz. Votalszuschlag) in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends um 18 Pf. (also auf 68 Pf. pro Stunde), von 9 bis 11 Uhr um 29 Pf. (auf 79 Pf.), von 11 bis 12 Uhr um 41 Pf. (auf 91 Pf.) und nach 12 Uhr um 47 Pf. (auf 97 Pf.) erhöht. Bei regelmäßiger Sonntagsarbeit erhält der Stundenlohn einen Zuschlag von 53 Pf. und bei Arbeiten am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstiertag einen solchen von 1 Mk. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einen Beschluß des Tarif-Ausschickes ausdrücklich hervorheben, welcher die Entschädigung für Ueberstunden regelt. Bisher kam es des öfters vor, daß z. B. bei 3½ Ueberstunden in der Woche der Prinzipal 3¼ mal den Ueberstundenzuschlag bezahlte. Das ist für die Zukunft unstatthaft, indem auf die überschüssige halbe Stunde die volle Ueberstundenentschädigung zu legen ist. So würde bei 3½ Ueberstunden außer dem Stundenlohn (der bei einer Viertelstunde als halbe Stunde und bei mehr als einer halben Stunde als volle Stunde aufzurunden ist) die Entschädigung für vier Stunden zu bezahlen sein. Hoffentlich beachten nun Gehilfen und Prinzipale diese Präzisierung.

Zeilengießmaschinen. Nachdem die Herstellung des Brightschen Typographen von Ludwig Roeme & Co. in Berlin und die der Monoline von Gustav Fischer & Komp. in Berlin übernommen worden ist, soll nunmehr auch die dritte im Umbe, die Linotype, in Deutschland gebaut werden. Angeblich hat die Maschinenfabrik von Schwarzpoff diese Aufgabe übernommen. Auch die Empire-Setzmaschine soll wegen eigener Fabrikation mit Berliner Maschinenbau-Anstalten in Verbindung getreten sein.

In Wien konsultierte sich am 17. September das im Tarife vorgesehene Einigungsamt. Prinzipal B. Jaspser wurde zum Obmann, Gehilfe Schlegel zu dessen Stellvertreter gewählt. Mindestens in allen Kronlands-hauptstädten sollen Schiedsgerichte errichtet werden und für jene Kronländer, wo solches noch nicht geschehen, das Einigungsamt einstweilen Tariftretigkeiten erledigen.

In Agram legte das Personal der Buchdruckerrei Augli & Deutsch die Arbeit nieder, weil die gegebene Unterschrift auf Einführung des Tarifs zurückgezogen wurde.

Bereine, Kassen usw.

Die Vertreter fast sämtlicher Invalditäts- und Altersversicherungsgesellschaften, welche in diesen Tagen in Kassel zusammentraten, sprachen sich gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung von Arbeiterversicherungsgeetzen (s. Nr. 106 des Corr.) aus. In der beschärften Ausschickung erblickten sie eine Verletzung des Selbstverwaltungsrechtes wie eine Erschwerung und Verlangsamung der Geschäftsführung.

In Preußen weht zur Zeit ein den gewerkschaftlichen Vereinen feindlicher Wind — eine unmittelbare Folge der Involenz der Gesamtheit der Arbeiter. Gielten diese es für die erste ihrer Pflichten, ihrem Gewerkeverein anzugehören, so gelangten die letzteren zu der ihnen gebührenden Machtstellung und es könnte nicht mit mehr oder weniger kleintlichen Mitteln gegen sie angekämpft werden. Die preussischen Behörden sind jetzt mit einer Reihe Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts bedacht worden, welche sich direkt gegen die Fachvereine wenden. So soll z. B. die Frage, ob ein Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, schon dann bejaht werden, wenn sich aus dem „Verhalten des Vereins oder seiner Leitung“ ergibt, daß er sich in den Dienst einer „bestimmten politischen Partei“ stellt. Diese Bestimmung ist so elastisch, daß sie den Behörden es vollständig in die Hand gibt, ganz nach Gutdünken zu verfahren. Ebenso ist es mit den Volksbeirathungen, die — wie aus früher mitgetheilten Beispielen ersichtlich — als Versammlungen gelten, sobald sie sich nicht in der hergebrachten Schablone bewegen oder gar das Komitee aus Arbeiterführern besteht. Durch den Ausschick der Frauen ist in solchen Fällen das Vergnügen bereitet, selbst dann, wenn man dabei von allem Reden u. dgl. abstieht; denn den Behörden sympathische Arbeiterführer — wenigstens solche, welche diesen Namen verdienen — gibt es nicht. Auf diese Art werden die als billige Arbeitskräfte so hochgeschätzten Frauen von Versammlungen, Vereinsfesten usw. abgehalten, sie würden durch gemeinschaftliche Beratung über ihre wirtschaftliche Lage ja eben ihren Beruf als billige Arbeitskraft versehen — und das muß verhindert werden. Wird freilich alles nichts helfen, es geht doch vorwärts.

Die Zahl der französischen Fachvereine betrug im Jahr 1895 5146 mit nahezu einer Million Mitglieder, Verbände der Syndikate zählte man 143, 79 für Arbeiter, 38 für Unternehmer, 17 für landwirtschaftliche und 9 für gemischte Syndikate. Die Zahl der Arbeitsbüros betrug 34 mit 686 Fachvereinen und 19932 Mitgliedern. Die Fachvereine der Unternehmer verfügen über 124 Blätter, 97 Stellenvermittlungsbüreaus, 73 Bibliotheken, 16 Fachschulen, 9 Altersversorgungskassen. Die Arbeiter-syndikate verfügen über 419 Bibliotheken, 297 gegenseitige Hilfsvereine, 295 Stellenvermittlungsläden, 113 Fachzeitschriften, 102 Wanderunterstützungskassen, 94 Arbeitslohnkassen, 43 Sparvereine, 42 Zeitungen resp. Blätter, 36 Konsumvereine, 30 Altersversorgungskassen, 17 Kooperativvereine. Gemischte Syn-

